



Julia Klöckner
Parlamentarische Staatssekretärin
Mitglied des Deutschen Bundestages

Deutscher Bundestag, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Tel.: 0 30/22 7-7 07 00 - Fax: 0 30/22 7-7 67 01
www.julia-kloeckner.de - E-Mail: julia.kloeckner@bundestag.de

Klöckner stellt Grünen-Meldung klar: Kürzung des Bundesanteils an Unterkunftskosten noch nicht entschieden

- Vermittlungsausschuss berät aktuell
- Gemeindefinanzkommission wird sich mit Kommunal финанzen befassen

Entgegen anderslautender Berichte und Pressemeldungen der Grünen gibt es bislang keine endgültige Entscheidung zur Kürzung des Bundesanteils an den Unterkunftskosten. Darüber informiert die CDU-Bundestagsabgeordnete und Parlamentarische Staatssekretärin Julia Klöckner.

„Gemäß der 2006 getroffenen Vereinbarung zwischen Bund und Ländern haben wir noch im vergangenen Jahr im Bundestag über die Anpassung des Bundesanteils entschieden. Die dort festgelegte Beteiligung in Höhe von bundesdurchschnittlich 23,6 Prozent gewährleistet, dass die Kommunen weiterhin um jährlich 2,5 Milliarden Euro entlastet werden“, so Julia Klöckner. Aktuell liegt der entsprechende Gesetzesentwurf zur Beratung beim Vermittlungsausschuss des Bundesrates - ein Ergebnis steht dort noch aus.

„Ich bin mir nicht nur als Bundestagsabgeordnete, sondern gerade auch als Mitglied des Kreistags Bad Kreuznach darüber bewusst, wie die kommunale Finanzlage aktuell aussieht“, so Klöckner. Die Bundesregierung hat bereits am 24. Februar eine Gemeindefinanzkommission eingesetzt, die unter Mitarbeit von Vertretern der Länder und der kommunalen Spitzenverbände Lösungsvorschläge zu den drängenden Problemen des kommunalen Finanzsystems entwickeln und bewerten wird. Auch in diesem Zuge wird über das weitere Vorgehen bei der Berechnung des Bundesanteils an den Unterbringungskosten beraten.

„Eins sollte man auch bei den aktuellen Diskussion um die Kommunalfinanzen nicht vergessen: Die kommunale Finanzlage würde ohne die Konjunkturstabilisierung durch die Bundesregierung noch schlechter aussehen. Denn die getroffenen Konjunkturmaßnahmen kommen auch den Kommunen zu Gute“, betont Julia Klöckner.

PRESSMITTEILUNG